



2009/28 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2009/28/200000000>

200000000

Von **lea nitz**

<none>

Das Ergebnis war enttäuschend. Auf seiner dreiwöchigen Reise hatte der Premierminister und frühere Oppositionsführer Morgan Tsvangirai versucht, möglichst viele Regierungen davon zu überzeugen, dass Zimbabwe nun wieder Hilfszahlungen erhalten sollte. Sieben Milliarden Dollar wollte er haben, doch kehrte Tsvangirai Ende Juni mit Zusagen über nur 200 Millionen Dollar zurück. Es handelt sich überwiegend um humanitäre Hilfe für die Gesundheitsversorgung, die Landwirtschaft und das Bildungswesen, bei den Zahlungen soll die Zentralbank umgangen werden. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass das Geld in die Taschen des Präsidenten Robert Mugabe fließt, der seit fast drei Jahrzehnten autokratisch regiert. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft und dem Ausbruch einer Choleraepidemie entschied sich Mugabe, die Opposition, die seine Schlägertrupps zuvor terrorisiert hatten, an der Regierung zu beteiligen. Im Februar wurde eine Regierung der »nationalen Einheit« mit Tsvangirais Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) gebildet. Tsvangirai sollte vor allem dringend benötigte Hilfszahlungen einwerben, doch scheint Mugabe nun eine andere Lösung gefunden zu haben: »Die anderen sind in den Westen gegangen, wir gehen in den Osten.« China springt ein und gewährt einen Kredit über 950 Millionen Dollar.

Die Inflationsrate hatte zeitweise 230 Millionen Prozent erreicht, die Regierung reagierte mit der Abschaffung der Landeswährung, sodass nur noch mit Devisen gezahlt werden kann. So bleibt das Problem, »dass kein Geld gefunden wird für die, die arbeiten. Nicht einmal für die Minister oder für den Präsidenten«, sagte Mugabe, der allerdings selbst über Rücklagen verfügen dürfte. Ob der chinesische Kredit für einen wirtschaftlichen Relaunch genügt, ist ebenso unklar wie die Zukunft der Koalition. Mugabe könnte zu dem Schluss kommen, dass er Tsvangirai nicht mehr braucht. Der MDC boykottierte eine von Mugabe verschobene Kabinettsitzung und drohte am Montag vergangener Woche mit der Aufkündigung des Bündnisses, da er sich nicht als gleichwertiger Partner akzeptiert fühlt. Die innenpolitischen Reformbemühungen waren nicht sehr erfolgreich, um die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz steht es weiterhin schlecht.